

# Delfer Kreisblatt

Das Kreisblatt erscheint Dienstag und Freitag und kann nur mit der „Lokomotive“ zusammen bezogen werden; dieselbe kostet für das Vierteljahr bei der Post 2,40 M.



Inserate werden bis Montag und Donnerstag mittag in der Geschäftsstelle angenommen.

Preis für die 4gespaltene Zeile 15 Pf.; für außerhalb des Landgerichtsbezirks Dels W ohnende 20 Pf.

Redakteur: Max Politt.

Druck und Verlag A. Ludwigs Buchdruckerei Nothe, Politt & Co. in Dels.

Nr. 61.

Dels, den 6. August 1918.

56. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### A. Bekanntmachungen des Königl. Landrats.

Berlin, den 30. Juli 1918.

#### Verordnung über Druschprämien für Hafer.

Vom 30. Juli 1918.

Auf Grund des § 4 Absatz 2 der Verordnung über die Preise für Getreide, Buchweizen und Hirse vom 15. Juni 1918 (Reichs-Gesetzblatt S. 657) wird bestimmt:

##### § 1.

Der im § 1 der Verordnung über die Preise für Getreide, Buchweizen und Hirse vom 15. Juni 1918 für Hafer festgesetzte Höchstpreis erhöht sich, wenn die Ablieferung erfolgt:

- vor dem 1. September 1918, um eine Druschprämie von 100 Mark für die Tonne,
- vor dem 16. September 1918, um eine Druschprämie von 80 Mark für die Tonne,
- vor dem 16. Oktober 1918, um eine Druschprämie von 60 Mark für die Tonne,
- vor dem 1. Dezember 1918, um eine Druschprämie von 40 Mark für die Tonne.

##### § 2.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes.  
von Waldow.

Berlin, den 30. Juli 1918.

#### Verordnung über die Verfütterung von Hafer und Gerste.

Vom 30. Juli 1918.

Auf Grund des § 8 Abs. 1 Nr. 2, § 57 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 425) wird bestimmt:

##### § 1.

In der Zeit vom 16. August 1918 bis zum 15. August 1919 einschließlich dürfen Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe aus ihren selbstgebauten Früchten zur Fütterung des im Betriebe gehaltenen Viehes verbrauchen:

- I. an Hafer oder an Gemenge aus Hafer und Gerste:
  1. für Pferde und Maultiere durchschnittlich drei Pfund für den Tag, für schwerarbeitende Zugpferde mit Zustimmung des Kommunalverbandes vom 16. August bis zum 15. November 1918, vom 1. März bis zum 31. Mai 1919 und vom 16. Juli bis zum 15. August 1919 daneben eine Zulage bis zu vier Pfund durchschnittlich für den Tag;
  2. für die zum Sprunge verwendeten Zuchtbullen durchschnittlich dreieinhalb Pfund für den Tag;
  3. für die zur Feldarbeit verwendeten Zugochsen vom 16. August bis zum 15. November 1918 und vom 1. März bis zum 31. Mai 1919 durchschnittlich ein Pfund für den Tag;
  4. für die in Ermangelung anderer Spanntiere zur Feldarbeit verwendeten Zugfühe unter Beschränkung auf zwei Kühe für den einzelnen Betrieb vom 16. August bis zum 15. November 1918 und vom 1. März bis zum 31. Mai 1919 durchschnittlich ein Pfund für die Zugfuhr und den Tag;

5. für zum Sprunge verwendete Ziegenböcke auf die Dauer von zweihundert Tagen durchschnittlich ein halbes Pfund täglich;
6. für zum Sprunge verwendete Schafböcke auf die Dauer von hundert Tagen durchschnittlich ein Pfund täglich;

II. an Hafer, an Gemenge aus Hafer und Gerste oder an Gerste für Eber, die zum Sprunge benutzt werden, durchschnittlich ein halbes Pfund für den Tag.

Außerdem dürfen Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, deren Zuchtjahren gedeckt sind und die dem Kommunalverbande dies angezeigt haben, an die Zuchtjahren aus ihren selbstgebauten Früchten an Hafer, an Gemenge aus Hafer und Gerste oder an Gerste bis zu einem Zentner für den Wurf verfüttern.

##### § 2.

Die Reichsfuttermittelsstelle wird ermächtigt, den Kommunalverbänden zur Versorgung der Tierhalter, die nicht im eigenen landwirtschaftlichen Betriebe die nach § 1 erforderlichen Mengen geerntet haben, auf Antrag nachstehende Mengen zuzuwiesen (§ 20 zu d, § 62 der Reichsgetreideordnung):

1. an Hafer oder an Gemenge aus Hafer und Gerste:

1. für Arbeitspferde und Maultiere, die vorwiegend in Betrieben des Handels, des Gewerbes oder der Industrie in kriegswirtschaftlich notwendiger Weise beschäftigt werden oder im Besitze öffentlicher Körperschaften oder von Beamten stehen, die die Pferde zu halten dienstlich verpflichtet sind, drei Pfund für den Tag, außerdem in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis zum 31. Dezember 1918 als Ersatz für fehlendes Viehfutter eine Zulage von zwei Pfund für den Tag;
2. für die in landwirtschaftlichen Betrieben gehaltenen Pferde und Maultiere, für die zum Sprunge verwendeten Zuchtbullen, Zuchtziegenböcke oder Zuchtschafböcke, für die zur Feldarbeit verwendeten Zugochsen sowie für die in Ermangelung anderer Spanntiere zur Feldarbeit verwendeten Zugfühe, unter Beschränkung auf zwei Kühe für den einzelnen Betrieb, die im § 1 bezeichneten Mengen;

II. an Hafer, an Gemenge aus Hafer und Gerste oder an Gerste für die zum Sprunge verwendeten Zuchtleber und die zur Zucht verwendeten Zuchtjahren die im § 1 bezeichneten Mengen.

Für alle nicht unter Abs. 1 Nr. I und II fallenden Tiere, insbesondere für alle Pferde, die zur Bequemlichkeit oder zu Vergnügungszwecken gehalten werden (Luguspferde), darf Körnerfutter nicht zugewiesen werden.

##### § 3.

Die Kommunalverbände haben bei dem Ausgleich, den sie mit dem ihnen von der Reichsfuttermittelsstelle zugewiesenen Mengen nach § 62 der Reichsgetreideordnung vorzunehmen haben, die Futtermengen im Rahmen der ihnen zustehenden Gesamtmenge für die einzelnen Tierhalter nach eigenem Ermessen abzustufen, insbesondere unter Berücksichtigung der Kriegswichtigkeit der Arbeitsleistung, des Schlages und der Größe der Spanntiere, der Beanspruchung der Zuchttiere sowie der übrigen Futtermittelversorgung.

**§ 4.**  
Die Reichsfuttermittelstelle kann die Verfütterung von Gerste oder Gemenge aus Hafer und Gerste an Schweine gestatten, über die Mästungsverträge mit den Meeresverwaltungen, mit der Marineverwaltung oder mit anderen, vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes bestimmten Stellen abgeschlossen sind.

Die Reichsfuttermittelstelle kann ferner im Benehmen mit der Reichsgetreidestelle gestatten, daß an Stelle von Hafer oder von Gemenge aus Hafer und Gerste Gerste oder in besonderen Fällen Gemenge aus Hafer und Roggen in den im § 1 festgesetzten Mengen verfüttert wird.

#### § 5.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes.  
von Waldow.

Dels, den 31. Juli 1918.

#### Zwiebad und Grieg für Säuglinge.

Wie im Kreisblatt auf Seite 179 bekannt gemacht ist, wird für Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre wöchentlich  $\frac{1}{4}$  Pfund Zwiebad und  $\frac{1}{4}$  Pfund Grieg verabfolgt. Auch Selbstversorgern können diese Lebensmittel gewährt werden, wenn sie durch eine Bescheinigung des Ortsverbrauchsausschusses nachweisen, daß der Säugling aus der Selbstversorgung ausgeschlossen ist, also Brotmarken erhält. Anträge sind an die Kreisgetreidestelle zu richten.

Vom 5. August ab kann wöchentlich nur  $\frac{1}{4}$  Pfund Grieg abgegeben werden.

Dels, den 5. August 1918.

#### Fleischversorgung.

Auf Grund des § 11 Absatz 5 der Ordnung betreffend die Fleischversorgung vom 15. September 1916 (Kreisblatt S. 181) wird folgendes bekanntgegeben:

Vom 12. August d. Js. ab gilt jeder der 10 Wochenabschnitte der Reichsleischkarte im ganzen Kreise

über 10 Gramm Schlachtwiehfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Wurst jeder Art (ausgenommen Hustersche Wurst, Knoblauchwurst und Blut- oder Semmelwurst) oder Hüner oder

über 8 Gramm Schlachtwiehfleisch ohne Knochen, Schinken, Junge, Speck oder Rohfett oder

über 20 Gramm Hustersche Wurst, Knoblauchwurst, Wildpret oder Fleischkonserven einschließlich Dosengewicht.

#### Der Kreisausschuß.

Die Ortsbehörden ersuche ich, vorstehende Bekanntmachung sofort in ortsüblicher Weise zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Die Fleischhöchstmenge für die Woche und den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung beträgt hiernach vom 12. August ab auch in den Städten Dels, Bernstadt, Grundscheid und in der Gemeinde Sakrau 100 Gramm (für Kinder bis zu acht Jahren 50 Gramm).

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Dels, den 1. August 1918.

Die Erlaubnis zum Handel mit **Klee-, Gras-, Futterrüben- und Futterkräuter-Samen** ist den Kaufleuten Jfflaender, Reichenitz, Prastauer, Wilhelm Maeker, Gimmier, Trautmann, Eduard Maeker, Siebeneicher, Gentschel & Pabel, Bohl und Liesler in Dels, Reumann, Maschitz, Gentschel, Winkler und Pirkwart in Bernstadt erteilt worden.

Dels, den 3. August 1918.

#### Handel mit Pferdefleisch.

Vom 1. August d. Js. ab ist der Ankauf von Pferden zur Schlachtung, der Betrieb des Rohschlächtergewerbes und der Handel mit Pferdefleisch nur solchen Personen erlaubt, denen von der Provinzialfleischstelle hierzu eine Erlaubnis erteilt ist.

Dels, den 2. August 1918.

#### Betrifft bargeldlosen Zahlungsverkehr.

Zur Förderung der bargeldlosen Zahlung im volkswirtschaftlichen Interesse ist es dringend erwünscht, daß sich die Personen im Kreise, welche einen größeren Geldumsatz haben, an dem Postgeldverkehr beteiligen und soweit dies noch nicht geschehen, sich bei dem Kaiserlichen Postschekamt in Breslau ein Postschekkonto eröffnen zu lassen. Bei Lieferungen für die Kreisverwaltung werde ich diejenigen Geschäfte bevorzugen, welche ein Postschekkonto besitzen. Alle Zahlungen an die

Kreis kommunalkasse sind auf dem Postschekkonto Breslau Nr. 3110 einzuzahlen bzw. diesem Konto zu überweisen unter Angabe, worauf sich die Zahlung bezieht.

Berlin, den 25. Juli 1918.

#### Bekanntmachung

der Reichsbekleidungsstelle über Beschlagnahme, Bestandsaufnahme und Enteignung von Sonnenvorhängen und ähnlichen Gegenständen.

(Vom 25. Juli 1918.)

Auf Grund der §§ 1 und 2 der Bundesratsverordnung über Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle vom 22. März 1917 (Reichsgesetzblatt S. 257) wird folgendes bestimmt:

#### 1. Beschlagnahme.

##### § 1.

Von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände.

Von dieser Bekanntmachung werden betroffen: Sämtliche zur Verwendung als Schutz, Verhüllung, Ausschmückung oder für sonstige Zwecke an Wänden, Türen, Fenstern, Schränken, Schranktüren, Regalen sowie sonstigen Gefäßen, Aufbauten und Vorrichtungen bestimmte Sonnenvorhänge, Gardinen, Stores, Jalousien und gleichen Zwecken dienende ähnliche Befänge, soweit sie nicht zur gewerbmäßigen Veräußerung oder Verarbeitung bestimmt sind.

##### § 2.

#### Ausnahmen.

Ausgenommen von den Bestimmungen dieser Bekanntmachung sind:

- Nach § 1 an sich betroffene Gegenstände, die sich in einem Privathaushalte oder in einer Dienstwohnung befinden und lediglich dem Bedürfnisse dieses Haushaltes oder dieser Dienstwohnung zu dienen bestimmt sind; zu Privathaushalt oder Dienstwohnung sind auch diejenigen Räume zu rechnen, die neben dem Haushalts- oder Wohnungszweck gleichzeitig zu beruflichen oder gewerblichen Zwecken benutzt werden.
- Befänge, die sich in einem zum Gottesdienste bestimmten Gebäude befinden und lediglich dem Gottesdienste zu dienen bestimmt sind;
- die im Eigentume der öffentlichen Verkehrsanstalten, befindlichen und zur Verwendung in deren Verkehrsmitteln bestimmten Befänge;
- Tüllgardinen und durchbrochene Gardinen;
- Befänge aus Seide, Halbside und Kunstseide;
- Befänge, zu deren Herstellung ausschließlich Papiergarne verwendet sind;
- alle von den Meeresverwaltungen oder der Marineverwaltung für ihren Bedarf beschlagnahmten Befänge.

##### § 3.

Von der Beschlagnahme betroffene Personen und Stellen.

Von der Bekanntmachung werden betroffen:

Alle Besitzer — Eigentümer, Gewahrsamshaber — natürliche und juristische Personen, einschließlich öffentlich-rechtlicher Körperschaften und Verbände der von der Beschlagnahme betroffenen Gegenstände. Die Beschlagnahme erstreckt sich also auch, soweit nicht die Ausnahmefälle des § 2 vorliegen, auf Gegenstände in kirchlichen, städtischen, kommunalem Besitz, Reichs- oder Staatsbesitz.

##### § 4.

#### Beschlagnahme.

Alle von dieser Bekanntmachung betroffenen Gegenstände werden hiernach beschlagnahmt. Die Beschlagnahme wird mit dem 28. Juli 1918 wirksam.

##### § 5.

#### Wirkung der Beschlagnahme.

Die Besitzer der von der Beschlagnahme betroffenen Gegenstände sind verpflichtet, diese aufzubewahren, pfleglich zu behandeln und die zu ihrer Erhaltung erforderlichen Handlungen vorzunehmen. Diese Verpflichtungen erlöschen erst dann, wenn die Beauftragten der Reichsbekleidungsstelle diese Gegenstände übernommen haben.

An den beschlagnahmten Gegenständen dürfen unbeschadet der Bestimmungen des Absatz 1 Veränderungen, insbesondere Ortsveränderungen und Bearbeitungen nicht vorgenommen werden. Ortsveränderungen im Zusammenhange mit einem Umzuge sind zulässig. Rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie sind verboten. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen. Der Erwerb der von der Beschlagnahme betroffenen Gegenstände ist untersagt.

nahme betroffenen Gegenstände ist verboten, es sei denn, daß er mit Zustimmung oder auf Anordnung der Reichsbekleidungsstelle oder der von dieser mit Durchführung des Austausches (§ 10) beauftragten Personen oder Stellen erfolgt.

Die Befugnis zum einstweiligen ordnungsmäßigen und bestimmungsgemäßen Gebrauch bleibt unberührt.

Die Reichsbekleidungsstelle behält sich vor, auf Antrag Gegenstände, die von der Beschlagnahme betroffen sind, von dieser freizugeben.

## II. Bestandsaufnahme.

### § 6.

#### Meldepflicht.

Wer am 28. Juli 1918 (Stichtag) beschlagnahmte Gegenstände in seinem Besitze (Eigentum, Gewahrsam) hat, insbesondere, wenn die Obhut über solche Gegenstände anvertraut ist, ist verpflichtet, diese Gegenstände auf dem vorgeschriebenen Meldebogen anzumelden.

Hat der Eigentümer beschlagnahmte Gegenstände dritten Personen als Miethbraucher, Pfandgläubiger, Pächter, Mieter, Verwahrer oder in einem ähnlichen Verhältnisse, auf Grund dessen diese dritten Personen ihm gegenüber auf Zeit zum Besitze berechtigt oder verpflichtet sind, überlassen, so sind nur diese dritten Personen zu der Meldung verpflichtet.

Vorübergehende Ueberlassung zur Reinigung oder Ausbesserung an dritte Personen entbindet die nach Absatz 1 und 2 Meldepflichtigen nicht von der Erstattung der Meldung. Die Personen, denen beschlagnahmte Gegenstände am Stichtage zur Reinigung oder Ausbesserung überlassen sind, sind in diesem Falle nicht meldepflichtig.

Bei behördlichen Zwecken dienenden Räumen ist nur die mit der Verwaltung der beschlagnahmten Gegenstände betraute behördliche Person zur Meldung verpflichtet.

### § 7.

#### Meldebogen.

Beide Ausfertigungen des Meldebogens (A und B) sind von den Meldepflichtigen vollständig und wahrheitsgemäß auszufüllen. Sind keine meldepflichtigen Gegenstände vorhanden, so ist ein entsprechender Vermerk auf die beiden Ausfertigungen des Meldebogens zu setzen. Mitteilungen anderer Art z. B. Freigabeanträge als die auf dem Meldebogen vorgeschriebenen dürfen auf diesem nicht vermerkt werden.

Die Meldebogen (Vordruck Nr. 690) werden dem Meldepflichtigen von der Ortsbehörde in doppelter Ausfertigung zugestellt und von dieser wieder abgeholt.

### § 8.

#### Bestellkarte, Liste der Meldepflichtigen.

Sofort nach Inkrafttreten dieser Bekanntmachung werden den Kommunalverbänden von der Reichsbekleidungsstelle Bestellkarten (Vordruck Nr. 691) zugesandt, auf denen sie den Bedarf ihres Bezirkes an Meldebogen der Reichsbekleidungsstelle Verwaltungsabteilung (Abteilung F) in Berlin W. 50, Nürnberger Platz 1, bis spätestens zum 10. August 1918 anzuzeigen haben.

Die Kommunalverbände sind ferner verpflichtet, Listen der Meldepflichtigen (§ 6) aufzustellen und zusammen mit den wiedereingekammelten Meldebogen (§ 9) der Reichsbekleidungsstelle Verwaltungsabteilung (Abteilung F) in Berlin W. 50, Nürnberger Platz 1, bis spätestens zum 1. Oktober 1918 einzureichen. Für jede der in dem Bezirke eines Kommunalverbandes fallenden Ortschaften ist eine besondere Liste anzulegen. Die Listen müssen enthalten: die vollständige Bezeichnung aller Meldepflichtigen (Name, Firma, Behörde u. dgl.), die genaue Anschrift jedes Meldepflichtigen sowie Angabe der Betriebsart (z. B. Fabrik, Ladengeschäft, Warenhaus) bzw. die Bezeichnung der meldenden Stelle (z. B. Schule, Rathaus oder dergl.).

### § 9.

#### Verteilung und Wiedereinsendung der Meldebogen.

Nach Wiedereingang der Bestellkarten werden von der Reichsbekleidungsstelle die Meldebogen den Kommunalverbänden zugesandt. Die sie den Meldepflichtigen unterzüglich in doppelter Ausfertigung zugestellt haben. Dem Meldepflichtigen ist eine angemessene Frist zur Ausfüllung zu setzen, nach deren Ablauf die ausgefüllten Meldebogen vom Kommunalverbande wieder abzuholen sind. Die Meldebogen sind vom Kommunalverbande zunächst aufzubewahren und gesammelt bis spätestens zum 1. Oktober 1918 eingeschrieben an die Reichsbekleidungsstelle Verwaltungsabteilung (Abteilung F) in Berlin W. 50, Nürnberger Platz 1, zu schicken.

Soweit den Kommunalverbänden einzelne selbständige Ortschaften unterstehen, haben sie sich bei Zustellung und Ein-

sammlung der Meldebogen der Ortsbehörde zu bedienen. Die Weiterverteilung der Meldebogen an die Meldepflichtigen sowie die Wiedereinsammlung und Rücksendung an den Kommunalverband erfolgt in diesem Falle durch die Ortsbehörden. Diese sind verpflichtet, hierbei den Anweisungen der Kommunalverbände Folge zu leisten. Die Kommunalverbände haben die sämtlichen ausgefüllten Meldebogen zunächst aufzubewahren und gesammelt sowie nach Ortschaften geordnet eingeschrieben an die Reichsbekleidungsstelle Verwaltungsabteilung (Abteilung F) zu schicken.

Die Kommunalverbände haben dafür zu sorgen, daß auch im Falle des Absatz 2 die Meldebogen sämtlicher Ortschaften spätestens am 1. Oktober bei der Reichsbekleidungsstelle eingegangen sind.

## III. Freiwillige Abgabe. Enteignung.

### § 10.

#### Ankauf, Austausch.

Die Eigentümer der beschlagnahmten Behänge werden durch Beauftragte der Reichsbekleidungsstelle zum Verkauf gegen eine von diesen Beauftragten festzusetzende Geldentschädigung aufgefordert werden. Die Entfernung der beschlagnahmten Behänge erfolgt kostenlos durch Beauftragte der Reichsbekleidungsstelle.

Die Reichsbekleidungsstelle wird dafür Sorge tragen, daß dem Eigentümer der beschlagnahmten Behänge an Stelle der Geldentschädigung der alsbaldige Erwerb und die Anbringung gleichwertiger Gegenstände aus Papiergarngeweben mit den vorhandenen Annahmeverrichtungen (Schnüren, Ringen und dergl.) ohne Zuzahlung ermöglicht wird.

### § 11.

#### Enteignung.

Kommt eine Einigung nach § 10 nicht zustande, so werden die beschlagnahmten Behänge durch die Reichsbekleidungsstelle Verwaltungsabteilung oder die von ihr hiermit beauftragte Stelle enteignet werden.

Der Uebnahmepreis setzt die Reichsbekleidungsstelle oder die von ihr hiermit beauftragte Stelle fest. Wenn der Eigentümer sich mit dem Uebnahmepreis nicht einverstanden erklärt, wird der Uebnahmepreis durch das Reichsgericht für Kriegswirtschaft endgültig festgesetzt.

### § 12.

#### Verpflichtungen der Gewahrsamsinhaber und der Beauftragten der Reichsbekleidungsstelle.

Die Eigentümer, Besitzer und Gewahrsamsinhaber beschlagnahmter Behänge sind verpflichtet, den Beauftragten der Reichsbekleidungsstelle bei Vorzeigung eines von der Reichsbekleidungsstelle Verwaltungsabteilung ausgestellten gestempelten Ausweises jederzeit Zutritt in alle Räume zu gewähren und den Zugang zu den Behängen so freizumachen, daß die Arbeit unbehindert und ohne Zeitverlust erfolgen kann. Mehrkosten, die durch Nichtbeachtung dieser Verpflichtung entstehen, werden von der Geldentschädigung in Abzug gebracht oder sind vom Eigentümer (Besitzer, Gewahrsamsinhaber) vor Anbringung der Ersatzbehänge an den Beauftragten der Reichsbekleidungsstelle zu zahlen.

Die Beauftragten der Reichsbekleidungsstelle sind verpflichtet, über Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, die hierbei zu ihrer Kenntnis kommen, vorbehaltlich der dienstlichen Berichterstattung und der Anzeige von Geheimnissen, Verschwiegenheit zu beobachten.

## IV. Strafvorschriften.

### § 13.

Gemäß § 3 der Bundesratsverordnung über Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle vom 22. März 1917 wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft, wer den Bestimmungen des § 6 Absatz 1 und 2, des § 7 Absatz 1 und des § 12 zuwiderhandelt.

Neben diesen Strafen kann auf die in § 3 der genannten Bundesratsverordnung bezeichneten Nebenstrafen erkannt werden.

## V. Inkrafttreten.

### § 14.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 28. Juli 1918 in Kraft.

#### Reichsbekleidungsstelle.

Leitender Rat Dr. Bentler.  
Stellvertretender Leiter für bürgerliche Kleidung.

Dels, den 1. August 1918.

Nach § 36 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 haben die Magistrate, Guts- und Gemeindevorstände alljährlich ein Verzeichnis der in ihren Bezirken wohnhaften Personen, welche zum Amte eines Schöffen resp. Geschworenen berufen werden können, aufzustellen.

Gemäß dieser Bestimmung fordere ich die Magistrate, Guts- und Gemeindevorstände des Kreises hierdurch auf, mit der Aufstellung dieser Verzeichnisse — Urlisten — unverzüglich vorzugehen und dieselben so bald als möglich eine Woche lang zu jedermanns Einsicht auszulegen.

Bisher ist jedoch die Zeit und der Ort der Auslegung in ortsüblicher Weise bekannt zu machen mit dem Bemerkten, daß während der Dauer der Auslegung gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Urliste Einspruch erhoben werden kann.

Bei Aufstellung der Urliste ist das in der Kreisblatt-Druckerei erhältliche Formular künftig ausschließlich zu benutzen. Die von mehreren Ortsbehörden handschriftlich hergestellten Formulare waren meistens unbrauchbar.

In den Urlisten sind aufzunehmen:

1. Personen, welche nicht Deutsche sind,
2. Personen, welche die Befähigung zum Schöffen resp. Geschworenen infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben,
3. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens resp. Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben konnte,
4. Personen, welche zur Zeit der Aufstellung der Urlisten das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
5. Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind,
6. Personen, welche zur Zeit der Aufstellung der Urliste noch nicht zwei volle Jahre in der Gemeinde wohnen,
7. Reichsbeamte, welche jederzeit einstweilig in den Ruhestand versetzt werden können,
8. Staatsbeamte, welche auf Grund der Landesgesetze jederzeit einstweilen in den Ruhestand versetzt werden können,
9. richterliche Beamte und Beamte der Staatsanwaltschaft,
10. gerichtliche und polizeiliche Vollzugsbeamte,
11. Religionsdiener,
12. Volksschullehrer,
13. dem aktiven Heer oder der Marine angehörende Militärpersonen,
14. Personen, die für sich oder ihre Familie Armenunterstützungen aus öffentlichen Mitteln empfangen oder in den letzten drei Jahren empfangen haben,
15. Personen, welche wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen zu dem Amte eines Schöffen resp. Geschworenen nicht geeignet sind,
16. Diensthboten.

Bei Aufstellung der Urlisten in früheren Jahren haben die bestehenden Bestimmungen mehrfach nicht die genügende Beachtung gefunden. Besonders ist mir seit Jahren aufgefallen, daß in den Gutsbezirken Personen — Inspektoren, Brennereiverwalter etc. — zum Zwecke der Entziehung des Amtes eines Schöffen oder Geschworenen absichtlich nicht aufgenommen werden. Ueber die eventuelle Unabkömmlichkeit hat allein der Ausschuss zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen zu entscheiden.

Zur Vermeidung von Disziplinarmaßnahmen erwarte ich, daß für die Folge in den Urlisten alle diejenigen Personen Aufnahme finden werden, welchen keine der vorstehend unter 1—16 genannten Gründe entgegenstehen.

Amte-, Guts- und Gemeindevorsteher gehören nicht zu den vorstehend unter Nr. 10 genannten Vollzugsbeamten und sind daher in die Listen ebenfalls aufzunehmen.

Bei Personen, welche sich nach dem Erlassen der Guts- und Gemeindevorstände nicht zu dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen eignen, z. B. bei denjenigen, welche deutsch weder lesen noch schreiben können, usw., sind in Kolonne „Bemerkungen“ entsprechende Notizen zu machen.

Die Entscheidung über die Qualifikation steht ebenfalls allein dem Ausschuss zu.

Schließlich bemerke ich, daß auch in dem Falle, wenn geeignete Personen nicht vorhanden sind, eine Urliste aufgestellt und nach erfolgter Auslegung mit der hiesbezüglichen Bescheinigung versehen werden muß; auch ist dieser Bescheinigung in jedem Falle das Dienstiegel beizubringen.

Nach Ablauf der einwöchigen Einspruchsfrist sind die Urlisten mit den etwa eingegangenen Einsprüchen und zwar spätestens bis zum 5. September den betreffenden königlichen Amtsgerichten in Dels resp. Bernstadt einzureichen.

Ich erwarte, daß dieser Termin pünktlich innegehalten wird, widrigenfalls ich gegen die Säumigen die in meiner Kreisblatt-Bekanntmachung vom 26. November 1910 — Seite 202 — angedrohte Ordnungsstrafe unanfechtlich verhängen werde.

### Gemeinnützige Güter- und Grundstücksvermittlung in der Provinz Schlesien.

Um den Auswüchsen des gewerbmäßigen Grundstücks-handels entgegen zu wirken und besonders um Kriegsteilnehmern, Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen bei der Erhaltung, Veräußerung und Erwerbung von ländlichem Grundbesitz mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, sollen auf Anregung des Herrn Landwirtschafts- und des Herrn Kriegs-ministers bei den Siedlungsgesellschaften Auskunft- und Vermittlungsstellen eingerichtet werden.

Auch bei der Schlesischen Landgesellschaft in Breslau, Grünstraße 46, ist in Ausführung dieser Anregung eine solche gemeinnützige Gütervermittlungs- und Auskunftsstelle geschaffen worden, die in Kauf- und Hypothekensachen — für Käufer und Geldgeber kostenlos — Auskunft und Beratung gewährt. Sie bietet volle Gewähr, daß die Interessen der Auftraggeber unter allen Umständen gewissenhaft vertreten werden, insbesondere werden Vermittlungen von Verkäufen nur übernommen, wenn die Landgesellschaft sich davon überzeugt hat, daß die Kaufbedingungen reelle sind.

Es sei im Zusammenhang hiermit darauf hingewiesen, daß nach der Bundesratsverordnung vom 15. März d. Jz. alle Verkäufe von ländlichen Grundstücken, die über 5 Hektar groß sind, vom Landrat genehmigt werden müssen, ehe die Auflassung erfolgen kann, daß aber in den Ausführungsbestimmungen zu dieser Bekanntmachung darauf hingewiesen ist, daß der Landrat bei Verkäufen, bei denen eine Landgesellschaft im Wege gemeinnütziger Grundstücksvermittlungen mitwirkt, in der Regel eine nähere Prüfung die Unbedenklichkeit der Geschäfte im Sinne der Verordnung annehmen und daher die Genehmigung ohne weiteres erteilen kann.

Ländlich Besitzer, die den Verkauf ihrer Grundstücke beabsichtigen, und Kaufstüchtige werden auf diese Tätigkeit der Landgesellschaft aufmerksam gemacht.

Dels, den 29. Juli 1918.

Befähigt: Die Wiederwahl des Freistellenbesizers Karl Dels zum 1. Schöffen der Gemeinde Zudlau.

### Der königliche Landrat.

R o s a n n.

## Landwirtschaft

zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe unter 3133 an die Geschäftsstelle der „Lokomotive“ erbeten. 3133

## Rechnungen

zu haben

A. Ludwig Buchdruckerei  
Roths, Politt & Co.

Entwerfungs-Kingelien  
postfrei drei Mark. Kren gegen  
Mittesser und Gesichtspickel  
fünf Mark. Dr. Gorden in  
Hamburg, Osterbrookallee 6.

## Magistratsrechnungen

zu haben in

A. Ludwig Buchdruckerei,  
Roths, Politt & Co.